

Auslandsbezogener Extremismus

Im nicht-islamistischen auslandsbezogenen Extremismus werden vom Verfassungsschutz Bestrebungen beobachtet, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten oder durch Anwendung von Gewalt auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährden.

Im Jahr 2017 spielte dabei insbesondere ein sprunghafter Anstieg von Demonstrationen mit Türkeibezug und hohen Teilnehmerzahlen eine wichtige Rolle. Sowohl die in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegte Arbeiterpartei Kurdistans (**PKK**) als auch die verbotene **Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)** und die »Ülkücü-Bewegung« (sogenannte »Graue Wölfe«) haben im Jahr 2017 eine Vielzahl von Aktivitäten, durchgeführt. Die Agitation und das darin teilweise zu verzeichnende Gewaltpotential, insbesondere beim Aufeinandertreffen nationalistischer türkischer Gruppierungen mit der auch linksextremistisch geprägten **PKK**, sind dabei abhängig von den politischen Entwicklungen in der Republik Türkei.

Auslöser für die Aktivitäten der **PKK** waren im Jahr 2017 zunächst das im Frühjahr in der Türkei durchgeführte Verfassungsreferendum sowie die Kampfhandlungen zwischen dem türkischen Militär und den Guerillaeinheiten der **PKK** in Gebieten mit überwiegend kurdischer Bevölkerung. Seit Beginn der militärischen Auseinandersetzung um das nordsyrische Afrin im Januar 2018 hat das Thema Kampfhandlungen in Kurdisch besiedelten Gebieten noch erheblich an Bedeutung gewonnen. Zugleich sind die Haftsituation und der Gesundheitszustand Abdullah Öcalans Auslöser für Demonstrationen, bei denen ein hohes Mobilisierungspotenzial unter der **PKK**-Anhängerschaft zu verzeichnen war. Nachdem im Internet im Oktober 2017 Gerüchte über eine deutliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Abdullah Öcalan kursierten, kam es zu bundesweiten, offenkundig von der Organisation initiierten Demonstrationen.

Diese Entwicklungen führen tendenziell zu einem Anstieg des ohnehin bestehenden hohen Konfliktpotentials zwischen türkisch linken und türkisch nationalistischen Gruppen – namentlich den Anhängern der »Ülkücü-Bewegung«.

Zusätzlich ist die linksextremistische **DHKP-C** in Nordrhein-Westfalen nach wie vor aktiv. Auch wenn die **DHKP-C** Deutschland und Westeuropa eher als Rückzugsraum bewertet, kam es Anfang 2017 nach der Verhaftung des mutmaßlichen Europaleiters des **DHKP-C** im Dezember 2016 anschließend zu einem sogenannten "Langen Marsch". In dessen Rahmen fanden zahlreiche Demonstrationen im Bundesgebiet und im europäischen Ausland statt.